



## Parlamentarische Empfehlung

---

### Kostenlose Corona-Tests bis zum vollendeten 25. Altersjahr

#### Ausgangslage

Am 13. September 2021 weitete der Bundesrat die Covid-Zertifikatspflicht aus. Zu den Forderungen mehrerer Parteien, die Corona-Tests weiterhin kostenlos anzubieten, hat der Bundesrat am vergangenen Freitag noch keine Entscheidung gefällt. Der Bundesrat will mit der erweiterten Zertifikatspflicht einer Überlastung der Spitäler vorbeugen. Dazu eine Anmerkung: Zwischen April 2020 und August 2021 wurde die Intensivbettenzahl von knapp 1600 auf rund 850 reduziert und mehrere Spitäler in der Schweiz aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen. Wohl gemerkt in der Zeit einer Pandemie.

#### Antrag

Gestützt auf Art. 123 ff. der Geschäftsordnung des Urner Landrats wird dem Regierungsrat empfohlen, dass der Kanton Uri die Testkosten für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum vollendeten 25. Altersjahr übernimmt, sobald der Bundesrat die Corona-Tests für kostenpflichtig erklärt und so lange die erweiterte Zertifikatspflicht gilt.

#### Begründung

Obwohl die Jugendlichen und jungen Menschen stark von den einschneidenden Massnahmen des Bundes in den letzten 19 Monaten betroffen waren, hielten sie sich vorbildlich an diese. Viele von ihnen übernahmen in der ersten Welle die Lebensmitteleinkäufe für die ältere Bevölkerung. Während mehrerer Wochen mussten die Jugendlichen und jungen Menschen im Fernunterricht sein und durften keine Freunde und Kollegen treffen. Und nun brauchen sie für den Besuch von Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen ein Covid-Zertifikat. Wer sich nicht als genesen ausweisen kann, muss negativ getestet oder geimpft sein. Bei der Impfung, korrekt mRNA-Injektion, fehlen die Langzeitdaten der Auswirkungen auf die Fortpflanzung, das Erbgut und Nervensystem. Bei den Antigen tests muss befürchtet werden, dass diese bei Selbstzahlung verteuert werden. Für die Altersgruppe bis 25 Jahre wird die Teilnahme am sozialen Leben abhängig von ihren finanziellen Mitteln. Kein Jugendlicher, kein junger Mensch soll aufgrund seiner finanziellen Situation zu einer mRNA-Injektion genötigt werden.

Bürglen, 22. September 2021

Claudia Gisler, Landrätin  
Erstunterzeichnerin

Alois Zurfluh  
Zweitunterzeichner